



# 1605

**Das Enable-Programm im Kontext der  
Europäischen Entrepreneurship-Politik**

by

**David B. Audretsch**

**Max Planck Institute for Research into Economic Systems  
and Indiana University**

**Heike Grimm**

**Universität Erfurt and  
Max Planck Institute for Research into Economic Systems**

**Number of Pages: 21**

The *Papers on Entrepreneurship, Growth and Public Policy* are edited by the  
Group Entrepreneurship, Growth and Public Policy, MPI Jena.  
For editorial correspondence,  
please contact: [egppapers@mpiew-jena.mpg.de](mailto:egppapers@mpiew-jena.mpg.de)

ISSN 1613-8333  
© by the author

Max Planck Institute for  
Research into Economic Systems  
Group Entrepreneurship, Growth and  
Public Policy  
Kahlaische Str. 10  
07745 Jena, Germany  
Fax: ++49-3641-686710

## **Das ENABLE-Programm im Kontext der Europäischen Entrepreneurship-Politik**

**David B. Audretsch**  
Indiana University,  
Max Planck Institute for Research into Economic Systems

**Heike Grimm**  
University of Erfurt,  
Max Planck Institute for Research into Economic Systems

Number of Pages: 21

**ABSTRACT:** Der Europäische Rat von Lissabon hat ein klares strategisches Ziel für die Europäische Union gesetzt: „Die Europäische Union soll zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt gemacht werden - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“ (Romano Prodi, 12. November 2003). Mit dem Mandat von Lissabon hat die Europäische Union sich das Ziel gesetzt, Entrepreneurship als Hauptantrieb für Innovationen, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum zu fördern. Die Proklamation alleine reicht für die Schaffung eines unternehmerischen Europas allerdings nicht aus. Wir haben uns die Frage gestellt, ob und inwiefern die neue übergreifende EU-Strategie zur Förderung ökonomischen Wachstums auf regionaler Ebene umgesetzt wird und exemplarisch das ENABLE-Programm in unserer Analyse aufgegriffen.

**ACKNOWLEDGEMENT:** The following paper was prepared for the Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen (LEG). The authors would like to thank Dr. Bertram Harendt and Christine Lichte as well as Stephan Schütze for helpful comments.

## 1. Einleitung

Nach Jahrzehnten stabilen Wirtschaftswachstums, geringen Arbeitslosenzahlen und allgemeinem Wohlstand setzte in Europa in den 90er Jahren eine wirtschaftliche Stagnation ein. Die Arbeitslosenzahlen erreichten Negativwerte wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hatte. Als Reaktion auf diese Entwicklung konzipierte die Europäische Union eine neue Strategie, mit der das Wirtschaftswachstum gefördert, neue Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosenzahlen gesenkt werden sollten. Mit der Proklamation von Lissabon setzte Romano Prodi, Präsident der Europäischen Kommission von 1999 bis 2004, für Europa das Ziel, Europa bis zum Jahr 2020 weltweit zu einem führenden, unternehmerisch orientierten Wirtschaftsraum zu machen, um Wohlstand und einen hohen Lebensstandard zu gewährleisten.

Der Fall der Berliner Mauer brachte nicht nur neue Möglichkeiten für Frieden und Integration mit sich, sondern beschleunigte auch das Tempo der Globalisierung. Durch die zunehmende Bedeutung des wirtschaftlichen Wissens als Basis für Wettbewerbsvorteile schien Europa sich in einer guten Position zu befinden und eine weltweit führende Position für Investitionen in neues Wissen, wie zum Beispiel Forschung und Entwicklung (F&E) und Humankapital, einzunehmen. Doch durch die auch als *europäisches Paradoxon* bekannte Entwicklung wurde deutlich, dass Investitionen in Wissen zwar durchaus notwendig sind; andererseits stellte sich aber auch heraus, dass Investitionen alleine nicht ausreichen, um Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu gewährleisten. Denn die Existenz eines *Wissensfilters* verhinderte die wirtschaftliche Nutzung von Wissen und die Ausschüttung von Investitionen in neues Wissen. Das *fehlende Verbindungsglied* zwischen Investitionen in Wissen und der Ausschüttung und wirtschaftlichen Nutzung dieses Wissens heißt *Entrepreneurship*. *Entrepreneurship* avancierte zum Kernelement der europäischen Wachstumspolitik, nachdem sich die Anzeichen verdichtet hatten, dass neu gegründete und kleine Firmen genau das fehlende Verbindungsglied bilden, um Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu generieren (Audretsch 2002; Audretsch, Keilbach und Lehmann 2005).

Gewappnet mit diesem neuen europäischen politischen Mandat und einem neuen Ansatz in der Wirtschaftspolitik hat der Europäische Rat von Lissabon eine umfassende Strategie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union (EU) und zur Erreichung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums konzipiert. Während der Programmphase von 2000-2006 wurden verschiedene kohäsionspolitische Instrumente – in erster Linie Strukturfonds – zur Umsetzung der Strategie von Lissabon entwickelt.

Auf der Grundlage des Mandats von Lissabon hat der Europäische Rat sich in Göteborg auf eine weitere langfristige Strategie geeinigt, die das Wachstum nachhaltig fördern soll. Das Ergebnis der Tagung in Göteborg bestand in der Entwicklung besserer Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen, der Vorlage für verschiedene soziale und wirtschaftliche Reformen, der Förderung der sozialen Kohäsion und der Bereitstellung von Vorgaben für eine Wirtschaftspolitik, deren erklärtes Ziel nachhaltiges Wachstum und Strukturreformen sind.

Am 2. Februar 2005 legte die Europäische Kommission eine überarbeitete Strategie für die EU vor, durch die ein stärkeres Wachstum erzielt und mehr Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Das Ziel dieser Strategie, die ursprünglich im Januar 2004 initiiert wurde, ist die Neubelebung und Aktualisierung der Agenda von Lissabon.

Es stellt sich die Frage, ob und inwiefern sich die übergreifende, in den letzten Jahren entwickelte EU-Wachstumsstrategie, die sich auf die Förderung von *Entrepreneurship* konzentriert, auf regionaler europäischer Ebene niederschlägt. Eine wichtige Komponente ist in diesem Zusammenhang das ENABLE-Programm, das im Jahr 2004 eingeführt wurde und Ende 2006 ausläuft. Der Schwerpunkt des ENABLE-Programms liegt auf der Förderung von und Verbesserung der Bedingungen für Unternehmensneugründungen wie auch für bestehende kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) auf regionaler Ebene. Das ENABLE-Programm konzentriert sich besonders auf KMU-Netzwerke und Partnerschaften, die den Technologietransfer und die wirtschaftliche Nutzung der Forschung einschließen. Da solche Gründernetzwerke und KMU-Netzwerke ebenso wie der entsprechende Technologietransfer geographisch lokalisiert sind, ist eine gleichzeitige Beteiligung der Regionen am ENABLE-Programm erforderlich.

Der Freistaat Thüringen zählt zu den Teilnehmerregionen des ENABLE-Programms. In unserem Gutachten soll analysiert und beurteilt werden, in welchem Maße das ENABLE-Programm mit den Zielen und der Mission der Europäischen Union zur Schaffung eines unternehmerischen Europas übereinstimmt. Aus diesem Grund bildet das vom Europäischen Rat von Lissabon postulierte Mandat für eine neue europäische Wachstumsstrategie, welches in dem folgenden Kapitel näher erläutert wird, den Ausgangspunkt für unsere Analyse. Daran anschließend erörtern wir die Konkretisierung der neuen europäischen Wachstumsstrategie durch den Europäischen Rat von Göteborg.. Im vierten Kapitel wird erklärt, wie diese neue Wachstumspolitik in einem Aktionsplan umgesetzt wurde. Darüber hinaus wird im vierten Kapitel die zentrale Rolle von *Entrepreneurship* behandelt. Die Umsetzung des europäischen Aktionsplans durch Strukturfonds und kommunale Initiativen wird im fünften Kapitel erläutert. Das ENABLE-Programm bildet den Schwerpunkt des sechsten Kapitels und im siebten Kapitel folgt eine nähere Erklärung zum Thüringer Kontext. In Kapitel 8 liefern wir eine Bewertung des ENABLE-Programms im Kontext von Thüringens Standortpolitik auf der einen Seite und der europäischen Wachstumspolitik auf der anderen Seite.. Das letzte Kapitel beinhaltet eine abschließende Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.

## **2. Der Europäische Rat von Lissabon (23.-24. März 2000)**

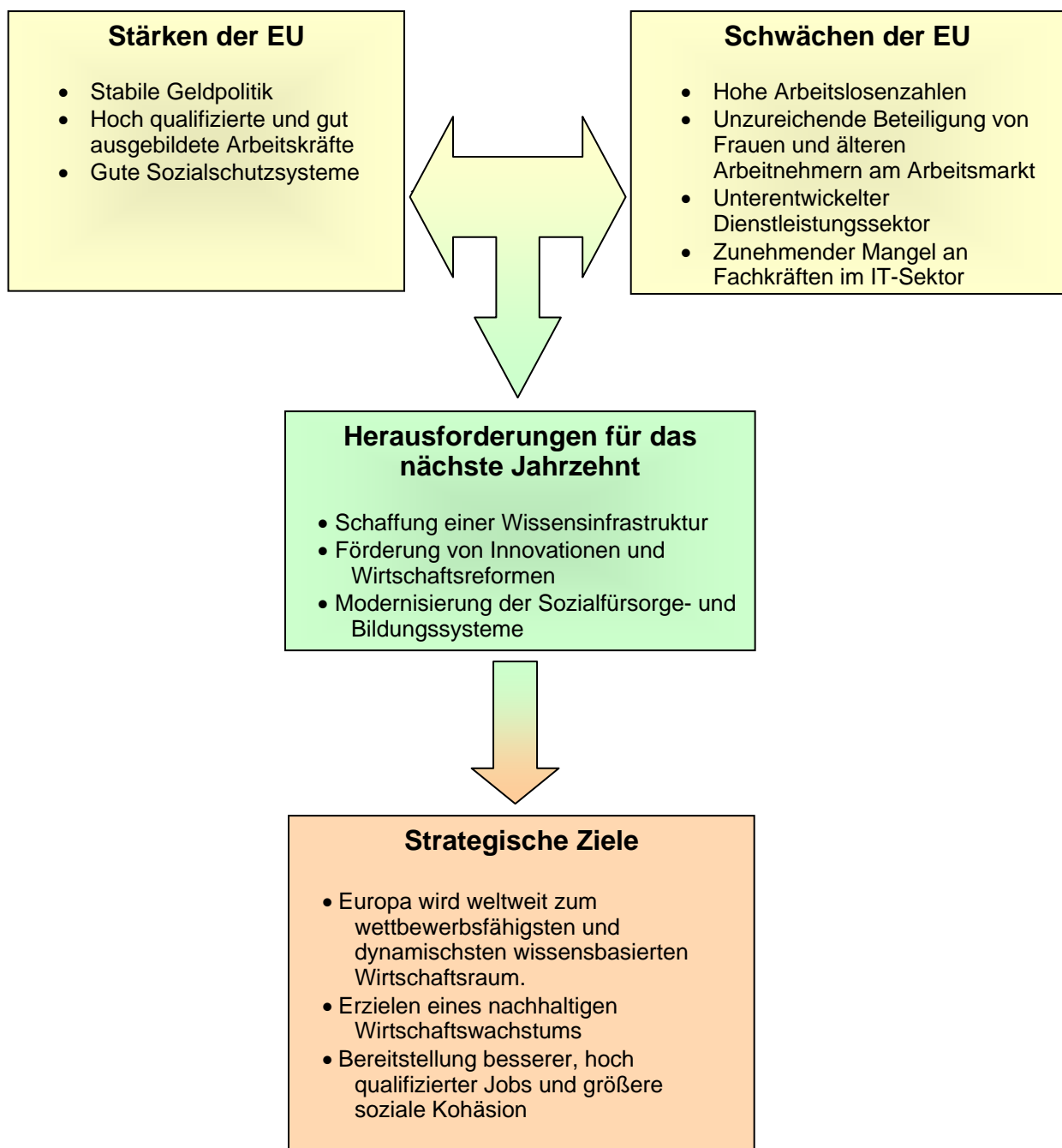
In den Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats von Lissabon wurden die Herausforderungen für die Europäische Union sowie die Stärken und Schwächen der Europäischen Union identifiziert. Darüber hinaus wurden in diesen Schlussfolgerungen die strategischen Ziele für die Zukunft definiert. Aus der folgenden Abbildung geht hervor, dass zu den wesentlichen Stärken der Europäischen Union eine stabile Geldpolitik, ein hohes Maß an Humankapital,

qualifizierte Arbeitskräfte sowie ein solides Sozialschutzsystem gehören..

Andererseits hat die Europäische Union auch mit zahlreichen Schwächen zu kämpfen. Zu diesen Schwächen zählen hohe Arbeitslosenzahlen, eine geringe Beteiligung von Frauen und älteren Menschen am Arbeitsmarkt, ein nach wie vor unterentwickelter Dienstleistungssektor und ein in besorgniserregender Form zunehmender Mangel an Fachkräften im Informationstechnologiesektor.

Aus diesem Grund hat der Europäische Rat von Lissabon beschlossen, folgende Prioritäten zu setzen: Schaffung einer Wissensinfrastruktur, Förderung innovativer Aktivitäten und Schaffung eines an die Anforderungen der Wissensgesellschaft angepassten Bildungssystems.

Abbildung 1: Strategie von Lissabon



## 2.1 Die Gesamtstrategie

Basierend auf den strategischen Zielen wurde eine Gesamtstrategie für die Umsetzung folgender Ziele entwickelt:

(a) Gründung einer Informationsgesellschaft „für alle“ (beinhaltet zahlreiche Maßnahmen, die direkt auf die Förderung von innovativen Aktivitäten und unternehmerischer Initiative ausgerichtet sind).

(b) Modernisierung des europäischen Sozialmodells (die Anpassung des europäischen Sozialmodells an einen wissensbasierten Wirtschaftsraum wurde Priorität eingeräumt; deshalb wurden Instrumente eingeführt, deren Schwerpunkte auf der Reform und Modernisierung der Bildung und Ausbildung, der Steigerung der Beschäftigungsmöglichkeiten durch aktive Arbeitsmarktpolitik und auf der Verbesserung der Möglichkeiten zur sozialen Einbindung liegen).

Für die Umsetzung dieser neuen europäischen Strategie wurde ein kohärenter und systematischer Ansatz konzipiert. Die Hauptziele dieser neuen offenen Methode zur Koordination (Verbreitung von *Best Practices* und Erreichen einer größeren Konvergenz bei der Umsetzung der Hauptziele der EU) lauten wie folgt:

- Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei der progressiven Entwicklung ihrer eigenen Politik.
- Festlegung von Richtlinien für die Europäische Union mit spezifischen Terminplänen für die Umsetzung der kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Ziele .
- Festlegung von quantitativen und qualitativen Indikatoren und Richtwerten für den Wettbewerb mit globalen *Best Practices*, die auf die Kontexte der verschiedenen Mitgliedsstaaten und Wirtschaftssektoren abgestimmt sind.
- Übertragung dieser europäischen Richtlinien auf die nationale und regionale Politik unter Berücksichtigung der nationalen und regionalen Besonderheiten.
- Verpflichtung zur regelmäßigen Kontrolle.
- Beurteilung und Kontrolle durch Gleichrangige als wechselseitige Lernprozesse.

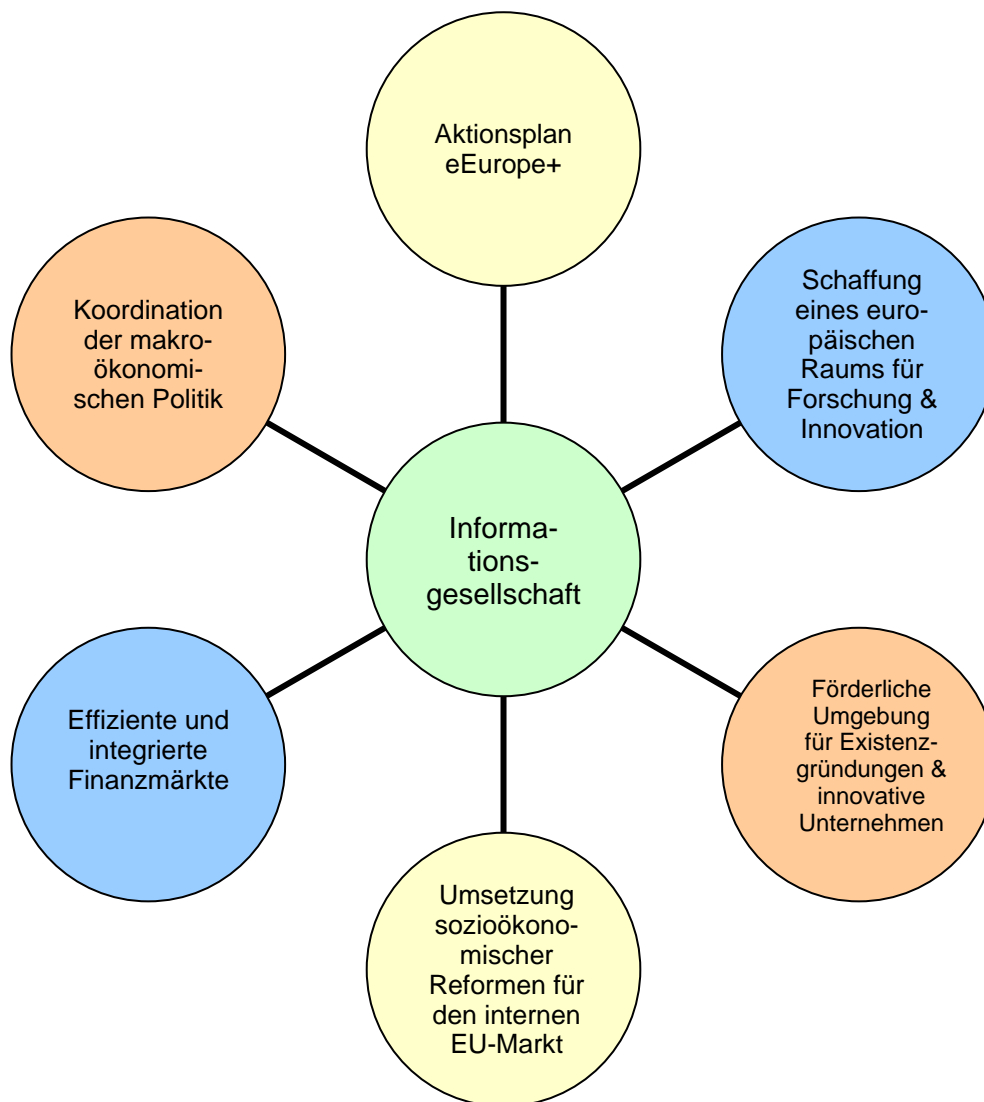
Bei der Umsetzung der neuen strategischen Ziele stellte sich heraus, dass eine verstärkte Einbindung des privaten Sektors und die Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften unvermeidlich sind. Die Europäische Union hat ihre Rolle in diesem Prozess als die eines Katalysators definiert. In dieser Rolle schafft die Europäische Union ein effektives Rahmenwerk für die Mobilisierung von Ressourcen für den Wandel zum wissensbasierten Wirtschaftsraum und

leistet unter Berücksichtigung der *Agenda 2000* selbst einen Beitrag zu diesem Wandel.

## 2.2 Die Informationsgesellschaft

Die Entwicklung einer „Informationsgesellschaft für alle“ beinhaltet (neben dem Aktionsplan *eEurope+*, der verschiedene Bereiche umfasst) zahlreiche Maßnahmen, die direkt auf die Förderung von innovativen Aktivitäten und *Entrepreneurship* ausgerichtet sind. Diese Faktoren werden in der unten stehenden Abbildung dargestellt.

Abbildung 2: Informationsstrategie





### **2.3 Modernisierung des europäischen Sozialmodells**

Da der Anpassung des europäischen Sozialmodells an einen wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Politik Priorität eingeräumt wurde, wurden Instrumente eingeführt, deren Schwerpunkte auf der Reform und Modernisierung der Bildung und Ausbildung, der Steigerung der Beschäftigungsmöglichkeiten durch aktive Arbeitsmarktpolitik und auf der Verbesserung der Möglichkeiten zur sozialen Einbindung liegen.

### **3. Der Europäische Rat von Göteborg (15.-16. Juni 2001)**

In Göteborg hat der Europäische Rat die Strategie von Lissabon zur Wirtschaftsreform und sozialen Kohäsion durch Hinzufügung einer dritten Dimension erweitert, die sich auf die für das Unternehmensumfeld relevanten Faktoren konzentriert. Zur Erreichung von nachhaltigem Wachstum wurden detaillierte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zur Gestaltung eines förderlichen Unternehmensumfeldes entwickelt, wobei diese politischen Maßnahmen in einer sich wechselseitig bestärkenden Form umzusetzen sind. Die *Strategie für eine nachhaltige Entwicklung* stellt ein Mandat zur Erzielung nachhaltiger Entwicklung dar.. Mit der Postulierung eines solchen Mandates eröffneten sich weitere Potenziale, um technische Innovationen und Investitionen zu initiieren und Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu generieren..

Diese Strategie gilt als Katalysator für Politiker und die öffentliche Meinung, die institutionelle Reformen forcieren und Veränderungen des Unternehmens- und Verbraucherverhaltens initiieren soll.

Für die Bewältigung dieser Herausforderungen legte die Europäische Kommission einen dreigeteilten Maßnahmenkatalog vor:

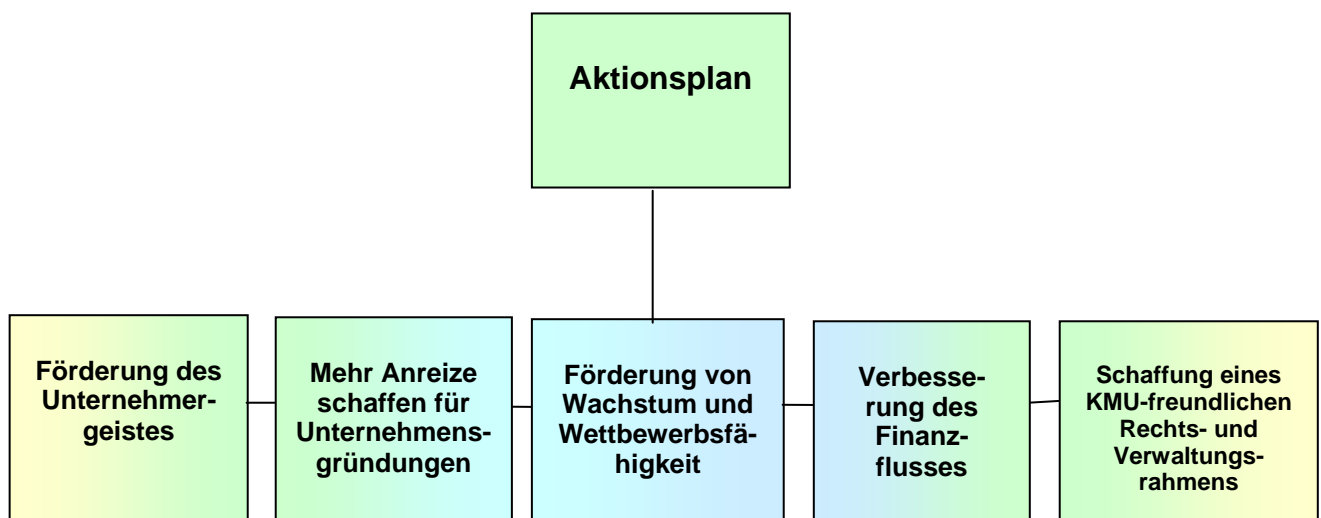
- a) Mehrere **sich überschneidende Vorschläge und Empfehlungen** zur Verbesserung der Effektivität der Politik und zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung. Auf diese Weise soll gewährleistet werden, dass die verschiedenen politischen Richtlinien sich gegenseitig bestärken und nicht in entgegengesetzte Richtungen abzielen.
- b) Mehrere **übergeordnete Ziele und spezifische Maßnahmen** auf EU-Ebene, mit Hilfe derer diejenigen Probleme bewältigt werden sollen, die die größten Herausforderungen und Hindernisse bei der Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung in Europa darstellen.
- c) Schritte zur **Umsetzung dieser Strategie und Kontrolle der Fortschritte** (unter anderem jährliche Bestandsaufnahmen und mittelfristige Kontrollen).

#### 4. Aktionsplan: Die Europäische Agenda für *Entrepreneurship*

Der Europäische Rat von Lissabon hat ein klares strategisches Ziel für die Europäische Union gesetzt: „Die Europäische Union soll zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt gemacht werden – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“.

Mit dem Mandat von Lissabon hat die Europäische Union sich selbst das Ziel gesetzt, die unternehmerische Initiative als Hauptantrieb für Innovationen, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum zu fördern. Die Proklamation alleine reicht für die Schaffung eines unternehmerischen Europas allerdings nicht aus. Die Schlussfolgerung der EU-Kommission lautet: „Die EU schöpft ihr unternehmerisches Potenzial nicht voll aus. Sie ermutigt nicht genug Menschen dazu, Unternehmer zu werden.“ Als Reaktion auf die innerhalb Europas für Unternehmer offenen Grenzen legte die Kommission 2004 einen Aktionsplan vor, der einen strategischen Rahmen zur Förderung der unternehmerischen Initiative beinhaltet. Der Aktionsplan umfasst fünf strategische Politikbereiche:

Abbildung 3: Ziele des Aktionsplans für 2004



## 5. Strukturfonds und kommunale Initiativen

### 5.1. Kohäsionspolitik und Strukturfonds

Kohäsionspolitik und Strukturfonds leisten sowohl einen direkten als auch einen indirekten Beitrag zur Erreichung der strategischen Ziele von Lissabon. Die Ziele der Strategie von Lissabon und die Ziele der Strukturfonds überlappen sich größtenteils. Wirtschaftswachstum ist ein gemeinsames Ziel, das im Fall der regionalen Programme die Konvergenz der Pro-Kopf-Verteilung des Bruttosozialprodukts innerhalb der europäischen Regionen fördern soll. Der Inhalt der Programme stimmt mit dem Mandat von Lissabon überein, was teilweise darauf zurückzuführen ist, dass europäische Strukturfonds verschiedenen Projekten in den Bereichen Beschäftigung, Infrastrukturen für Informationstechnologie, Forschung, Humankapital, Unternehmensentwicklung, soziale Einbindung und nachhaltige Entwicklung zugewiesen wurden. Der Gesamtbetrag in Höhe von 257 Milliarden Euro, der in dem Zeitraum von 2000 bis 2006 für Strukturinstrumente aufgewendet wird, repräsentiert ungefähr 37 % des Gesamthaushalts der EU.

Jeder der vier bestehenden Strukturfonds deckt einen eigenen speziell thematisierten Bereich ab:

- Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (ERDF): Infrastruktur, Investitionen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, lokale Entwicklungsprojekte und Zuschüsse für Kleinunternehmen.
- Europäischer Sozialfonds (ESF): Eingliederung von Arbeitslosen und benachteiligten Personengruppen in den Arbeitsmarkt, in erster Linie durch die Finanzierung von Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen und Systeme für Einstellungszuschüsse.
- Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIFG): Anpassung und Modernisierung der Fischereiindustrie.
- Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGGF-*Guidance*): ländliche Entwicklungsmaßnahmen und Unterstützung für Landwirte, in erster Linie in unterentwickelten Regionen.

Darüber hinaus werden durch den Kohäsionsfonds und das Instrument für Strukturpolitik zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA) individuelle Projekte zur Verbesserung der Umweltinfrastruktur und zur Entwicklung von Transportnetzwerken direkt finanziert.

### 5.2. Austausch von *Good Practices* und regionale Netzwerke

Der Austausch von *Good Practices* und die Zusammenarbeit von Akteuren in regionalen Netzwerken werden innerhalb der Europäischen Union stark gefördert. Diese Netzwerke werden durch die EU häufig durch grenzübergreifende Kooperationsinstrumente (z.B. regionale Initiativen) unterstützt, die eine Ergänzung zu den Strukturfonds bilden. Während des

Zeitraumes 2000 bis 2006 stehen vier Regionalprogramme, die auf verschiedene Probleme oder Bereiche ausgerichtet sind, im Mittelpunkt:

### ***INTERREG III***

Grenzübergreifende, interregionale und transnationale Kooperation in zahlreichen Bereichen, die mit der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion in Zusammenhang stehen.

### ***URBAN II***

Innovative Ansätze zur Bewältigung von wirtschaftlichen, sozialen und umweltbedingten Problemen in 70 benachteiligten ländlichen Gebieten in allen Mitgliedsstaaten.

### ***EQUAL***

Neue Wege zur Bewältigung der Diskriminierung und Ungerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, zur Förderung der Arbeitsfähigkeit, der unternehmerischen Initiative, der Anpassungsfähigkeit und Chancengleichheit für Männer und Frauen, zur Unterstützung der transnationalen Kooperation sowie neue Wege für Innovationen, Ermächtigungen und EU-weite Partnerschaften.

### ***LEADER+***

Umsetzung integrierter, hoch qualifizierter Strategien für ein nachhaltiges Wachstum in ländlichen Gebieten, das auf Partnerschaften und Netzwerken für den Austausch von Know-how und Erfahrungen basiert.

Das interregionale Programm ENABLE basiert auf dem Rahmen des Programms INTERREG III.

## **6. ENABLE - Enabling European Entrepreneurship**

Das interregionale Programm ENABLE basiert auf den Vorgaben des Programms INTERREG III; es ist Teil der INTERREG IIIC Ostzone. Das Ziel der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG besteht in der Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion innerhalb der Gemeinschaft durch die Förderung der grenzübergreifenden, transnationalen und interregionalen Kooperation und der ausbalancierten Entwicklung des Unionsgebiets (Handbuch zum ENABLE Programm 2004).

Der Schwerpunkt des ENABLE-Programms liegt auf der Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion durch die Begrenzung der negativen Auswirkungen der Grenzen auf die wirtschaftliche Entwicklung und die territoriale Integration.

Das ENABLE-Konzept konzentriert sich auf die Verbesserung der Voraussetzungen für Unternehmensneugründungen und für kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) auf regionaler Ebene, da diese KMUs bei dem Austausch von Forschungsergebnissen und technischem Know-how in zunehmendem Maße von Netzwerken und Partnerschaften abhängig sind. Darüber hinaus unterstützt ENABLE die Förderung der unternehmerischen Initiative in den Teilnehmerregionen.

Das ENABLE-Programm wurde im Januar 2004 mit einem Gesamtbudget in Höhe von rd. 5,7 Millionen Euro initiiert und läuft im Dezember 2006 aus. Das Projekt ist Bestandteil der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC und wird zum Teil von der Europäischen Union finanziert.

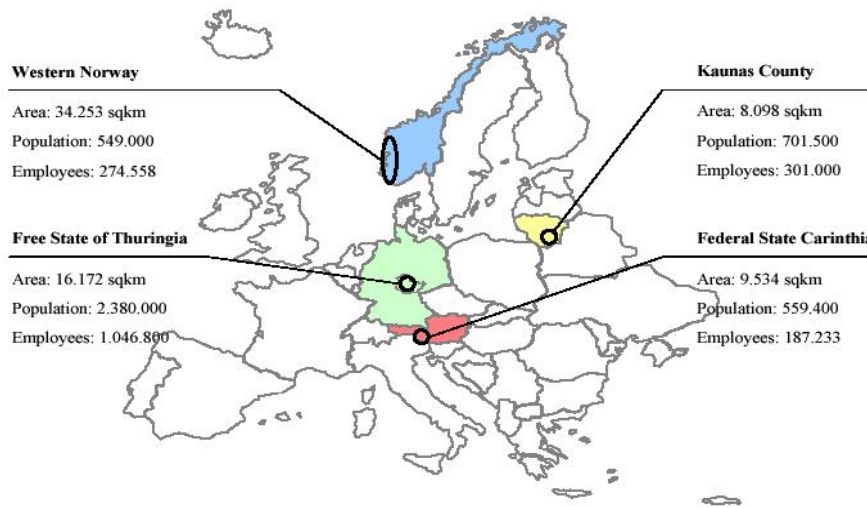
Der Hauptansatz von INTERREG IIC besteht in der Anwendung und Nutzung der bei der Umsetzung der Strukturfondsprogramme gewonnenen Erfahrungen und ist eng mit der nationalen Politik der einzelnen Mitgliedsstaaten verknüpft. Aus diesem Grund kann INTERREG IIC die Regionen dabei unterstützen, miteinander in Kontakt zu treten und die bereits bestehenden Kooperationsnetzwerke durch die Aufnahme von so vielen Regionen wie möglich sowie durch die Aufnahme projektspezifischer Akteure weiterzuentwickeln. Auf diese Weise soll die wirtschaftliche und soziale Kooperation innerhalb Europas intensiviert werden.

Das ausdrückliche Mandat des ENABLE-Programms besteht darin, einen Beitrag zur Verbesserung der europäischen und nationalen Politik der Teilnehmerländer zu leisten. Der Mechanismus für die Umsetzung dieses Ziels beinhaltet die Nutzung der Vorteile der gemeinsamen Erfahrungen, die durch die Umsetzung eines breit gefächerten Rahmens von politischen Instrumenten und Projektansätzen gesammelt wurden. Der interregionale Austausch und Kooperation sind die wichtigsten Instrumente für die Zielerreichung. Dieser Ansatz basiert auf der Ansicht, dass die europäischen Regionen zahlreiche Probleme und Aufgaben zu bewältigen haben – und zwar nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch europaweit.

### **6.1 ENABLE-Regionen**

An dem ENABLE-Programm sind vier Regionen beteiligt: Kärnten (Österreich), die Region Kaunas (Litauen), Thüringen (Deutschland) und die Unterregionen Sogn og Fjordane und Hordaland (Westnorwegen). Die Auswahl der Regionen erfolgte nach eingehender, komparativer Analyse. Zwar wurden eine Reihe von Unterschieden betreffend Fläche, Bevölkerungs-, Beschäftigungs- und Arbeitslosenzahlen sowie der Bruttosozialprodukte festgestellt; von signifikanter Bedeutung für die Auswahl der Regionen waren allerdings Gemeinsamkeiten wie der hohe Stellenwert der Industrie, sehr ähnliche Größenstrukturen der Unternehmen, zumeist schwache Kapitalressourcen bei einem Großteil der KMUs sowie hohe Exportraten (Thüringer Agentur für Technologie und Innovation GmbH 2004).

Abbildung 4: Fläche, Bevölkerungszahlen und Beschäftigungszahlen der ENABLE-Regionen



In allen ENABLE-Regionen wurden im Rahmen eines europäischen IRC-Netzwerks EU-Verbindungsbüros für Forschung und Technologie (Innovation Relay Centre = IRC) eingerichtet, die wiederum die Aktivitäten im Bereich des Technologietransfers unter den vier ENABLE-Regionen unterstützen.

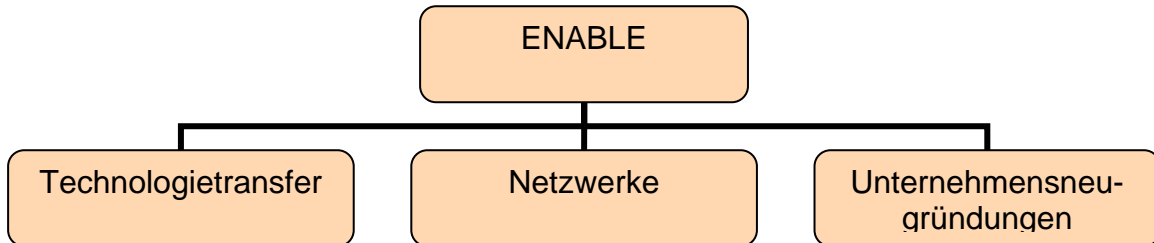
Innerhalb der einzelnen Regionen umfasst das ENABLE-Programm öffentliche Behörden oder vergleichbare öffentliche Institutionen, die für die Förderung der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung zuständig sind.

Tabelle 1: ENABLE – Regionen und Partner

ENABLE-Regionen	ENABLE-Partner
Thüringen (Deutschland)	- Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) Thüringen mbH - Stiftung für Technologie, Innovation und Forschung Thüringen (STIFT)
Region Kaunas (Litauen)	Kauno apskrities virsininko administracija
Westnorwegen (Norwegen)	- Hordaland Fylkeskommune - Sogn og Fjordane Fylkeskommune
Kärnten (Österreich)	Kärntner Wirtschaftsförderungs Fonds (KWF)

### 6.2 ENABLE-Strategien

Abbildung 5: ENABLE-Strategien



ENABLE unterstützt Projekte in drei Bereichen, wobei in jedem einzelnen Bereich bei der Projektauswahl zwischen den Zielen, Zielgruppen, zuständigen Behörden und Kriterien für die Projektauswahl differenziert wird (vgl. unten stehende Graphik und Tabelle).

Tabelle 2: ENABLE-Strategien

	Ziele	Zielgruppen	Zuständige Behörde	Kriterien für die Projektauswahl
<b>ENABLE Technologietransfer</b>	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMUs durch Förderung der Kooperation zwischen Forschungsinstituten und KMUs; Umsetzung innovativer und wirtschaftlich orientierter Projekte	Forschungsinstitute, Technologietransferzentren, Universitäten, KMUs, zugelassene Informationszentren	Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) Thüringen mbH und die Stiftung für Technologie, Innovation und Forschung Thüringen (STIFT)	Qualität des Transferinstruments; Netzwerkkompetenzen; internationale Erfahrung
<b>ENABLE Netzwerke</b>	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMUs durch Förderung der Entwicklung der Kooperation und der Bildung von Netzwerken; Verbesserung des Dreifachhelix-Ansatzes für regionale Innovationssysteme in einem internationalen Kontext; Schaffung internationaler KMU-	KMUs, Clusterinitiativen, Branchenverbände und Handelskammern	Hordaland Fylkeskommune und Sogn og Fjordane Fylkeskommune	Erfahrungen mit Netzwerken; Kompetenz der beteiligten Mitarbeiter; Beteiligung an effizienten Netzwerken; internationaler Schwerpunkt des Vorschlags

	Netzwerke; Entwicklung, Testen und Verbreitung von Verfahren und Aktivitäten, die mit der regionalen Förderung von KMUs in Zusammenhang stehen			
<b>ENABLE_Unternehmensneugründungen</b>	Anreize erhöhen für unternehmerische Initiative; Gründung von Jungunternehmen; Förderung der Selbstständigkeit; Information über die Unternehmensgründung (insbesondere unter Studenten und Hochschulabsolventen); Entwicklung und Umsetzung von Ausbildungskonzepten für Jungunternehmer; Mentoring von spezifischen Coaching-Programmen für Unternehmer und technisches Coaching	Gründerinitiativen, Universitäten, Inkubatoren, Technologiezentren oder Berater	Kärntner Wirtschaftsförderungs Fonds	Vorhandene Erfahrung im Bereich Gründerunterstützung; Kompetenz der beteiligten Mitarbeiter; Beteiligung an regionalen Netzwerken; internationaler Schwerpunkt des Vorschlags

### 6.3 ENABLE-Projekte

Momentan sind verschiedene ENABLE-Projekte aktiv. Beispielhaft sollen hier namentlich die drei Projekte Textile Lightgate, Namemos und Alchymist aufgeführt werden, die die drei ENABLE-Bereiche repräsentieren.

## 7. Thüringer Politik

Die Ziele des ENABLE-Programms sind mit den Zielen der Thüringer Standort- und Wirtschaftspolitik kompatibel. Im Thüringer Landesentwicklungsbericht 2004 wird darauf hingewiesen, dass ENABLE „in den Teilnehmerregionen eine solide Basis für innovative und internationale Aktivitäten von KMUs, Unternehmern und öffentlichen Organisationen bildet“ (Landesentwicklungsbericht 2004, S. 14).

Im September 2004 gab Ministerpräsident Dieter Althaus in seiner Regierungserklärung bekannt, dass die Netzwerke zwischen dem privaten Sektor, den akademischen Einrichtungen und den Forschungsinstituten weiter ausgebaut werden sollen, und zwar durch die „... Ausweitung der Technologieinfrastruktur, die Förderung von Projekten im Bereich Forschung und Entwicklung (F&E) einzelner Unternehmen, die Förderung innovativer Cluster und Netzwerke zwischen den Unternehmen sowie durch eine stärkere Beteiligung der Universitäten und Forschungsinstitute“ (ebenda, S. 34). Ein unausgesprochenes Ziel der Regierung besteht darin, junge Menschen für unternehmerische Aktivitäten in Thüringen zu motivieren und ihre unternehmerischen Aktivitäten zu unterstützen. Dieses unausgesprochene Ziel beruht unter anderem auf der Tatsache, dass KMUs die „... wichtigsten



Stützpfeiler für die Belebung der Wirtschaft in Thüringen bilden“ (ebenda, S. 26). Die Regionalpolitik in Thüringen ist eng mit den europäischen Strategien verknüpft und wird mit diesen koordiniert. So erhalten KMUs zum Beispiel zusätzliche Mittel durch die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA), die in das Landesinvestitionsprogramm (LIP) eingegliedert ist, das wiederum zum Teil von dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ERDF) finanziert wird.

In dem Landesentwicklungsbericht 2004 wird speziell auf das OptoNet/ Photonik-Cluster als Beispiel für *Best Practice* zur Förderung regionaler Netzwerke und unternehmerischer Aktivität hingewiesen. Diese Clusterinitiative fördert sektorspezifische unternehmerische Aktivitäten von neu gegründeten Unternehmen und Kleinunternehmen innerhalb der Region. Wie bereits oben erwähnt, ist OptoNet mindestens an einem ENABLE-Projekt beteiligt, dessen Ziel darin besteht, die Bildung regionaler Netzwerke innerhalb Europas zu fördern.

## 8. Synthese

### 8.1 ENABLE und die Strategie von Lissabon

Das zum Teil von der Europäischen Union finanzierte ENABLE-Programm ist ein gutes Beispiel für die regionale Umsetzung der im Jahr 2000 bei dem Europäischen Rat von Lissabon formulierten EU-Gesamtziele. In dem Programm werden zahlreiche der im Jahr 2000 bei dem Europäischen Rat von Lissabon formulierten Ziele umgesetzt. Schwerpunkte der Strategie von Lissabon sind zum Beispiel die Schaffung eines europäischen Raums für Forschung und Innovation sowie die Schaffung von förderlichen Rahmenbedingungen für Unternehmensneugründungen und innovative Unternehmen.

ENABLE bündelt die Bemühungen von vier Regionen, die alle in der Peripherie der Wirtschaftszentren der jeweiligen Länder angesiedelt sind, die über vergleichbare Möglichkeiten verfügen, wie auch mit vergleichbaren Herausforderungen konfrontiert sind. Das ENABLE-Programm umfasst also vier kompatible Regionen, die alternative Strategien für das strategische Management der Standorte entwickeln müssen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Umgebung zu gewährleisten. Da es sich bei keiner der Regionen um einen so genannten „Hot Spot“ handelt, haben alle Regionen Strategien zur Verbesserung ihrer unternehmerisch und technologisch orientierten Kompetenzen entwickelt, und zwar in erster Linie durch die Stärkung kleiner unternehmerischer Einheiten sowie des anpassungsfähigen Mittelstands. Durch das ENABLE-Programm haben diese Regionen einen ausgezeichneten institutionellen Rückhalt, durch den ihre Ambitionen, Initiativen, Ziele und Strategien gebündelt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen in einer wissensbasierten globalen Wirtschaft zu fördern.

Die Förderung der regionalen Entwicklung nach dem Beispiel des ENABLE-Programms spielt eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Zukunft Europas nach den Vorgaben der Strategie von Lissabon. Die für die Regionalpolitik zuständige EU-Kommissarin Danuta Hübner betonte in ihrer Rede auf der Konferenz „Die Kohäsion und die Agenda von Lissabon“ im März 2005, dass „...

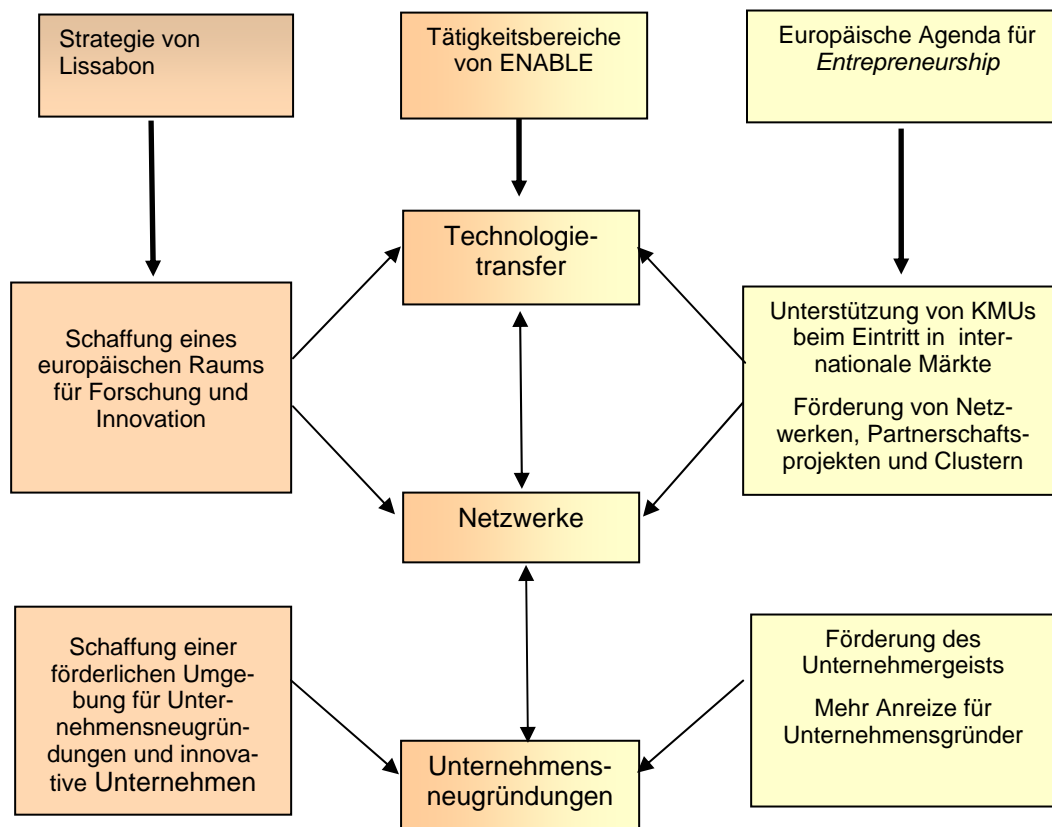
die Regionalpolitik eine hochrentable Investition darstellt, die bei dem Abbau struktureller Barrieren für die Entwicklung förderlich ist und gleichzeitig ein endogenes Wachstumspotenzial freisetzt. [...] Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum müssen auf regionaler Ebene erzielt werden – denn dort werden Arbeitsplätze geschaffen.”

Sie wies darauf hin, dass 92 % der Bevölkerung der neuen Mitgliedsstaaten in Regionen leben, in denen das durchschnittliche Bruttosozialprodukt weniger als 75 % des EU-Durchschnitts beträgt. ENABLE konzentriert sich auf vier Regionen, die ähnliche strukturelle Herausforderungen zu bewältigen haben. In diesen Regionen ist die institutionelle Unterstützung unternehmerischer Initiative von großer Bedeutung: durch diese Unterstützung werden die Voraussetzungen für innovative Unternehmensneugründungen, erfolgreiche Netzwerke zwischen regionalen Interessengruppen und für den Technologietransfer geschaffen, wobei diese Bereiche wiederum die wichtigsten Komponenten für ein erfolgreiches strategisches Management der Standorte und die Förderung des Unternehmergeists darstellen. ENABLE stellt die für diese Mission erforderlichen Orientierungshilfen zur Verfügung.

## **8.2 ENABLE und die Europäische Agenda für Unternehmerische Initiative**

ENABLE ist nicht nur mit den politischen Zielen der EU vereinbar, sondern auch mit den spezifischen Zielen des Aktionsplans zur Förderung von *Entrepreneurship*. (Action Plan 2004) . Die strategischen Schwerpunkte des ENABLE-Programms liegen auf der Begünstigung von Technologietransfer, Netzwerkbildung und Unternehmensneugründungen und sind nahezu kongruent mit den signifikanten Elementen der europäischen Agenda zur Förderung von *Entrepreneurship*... Dies trifft insbesondere auf einige Kernelemente der Agenda zu die unter anderem heißen: Unternehmergeist fördern und „Anreize für Unternehmer, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit“ schaffen (mit folgender Kernstrategie: Unterstützung von KMUs beim Eintritt in internationale Märkte, Förderung von Netzwerken, Partnerschaftsprojekten und Clustern) (Grünbuch *Unternehmergeist* 2003). Darüber hinaus wenden sich sowohl die Agenda als auch das ENABLE-Programm an dieselben Zielgruppen: Forschungsinstitute, KMUs und potenzielle Unternehmer.

Abbildung 6: ENABLE im Kontext der europäischen Politik für unternehmerische Initiative



## 9. Schlussfolgerungen

Nach einem Jahrzehnt wirtschaftlicher Stagnation und schleppender Erfolge, was die Schaffung von Arbeitsplätzen anbelangt, reagierte Europa mit der Proklamation eines couragierten neuen Ansatzes zur Förderung des Wirtschaftswachstums, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Eckpfeiler der Strategie von Lissabon konzentrieren sich auf Wissen und *Entrepreneurship* als die beiden treibenden Kräfte für europäisches Wachstum.

Der Europäische Rat von Göteborg erkannte, dass die Proklamation nicht automatisch die Umsetzung des neuen Ansatzes zur Folge hat. Er entwickelte deshalb eine Reihe von Begleitmaßnahmen. Die Umsetzung wurde darüber hinaus mit der *European Agenda for Entrepreneurship* und der Entwicklung eines breit gefächerten Politikinstrumentariums vorangetrieben. ENABLE ist ein Schlüsselprogramm aus dem Arsenal der Politikinstrumente, die auf dem Mandat von Lissabon beruhen und der Schaffung eines unternehmerischen Europas dienen.

Der dreigeteilte Schwerpunkt des ENABLE-Programms, der auf Technologietransfer, KMU-Netzwerken und der Förderung von Unternehmensneugründungen beruht, spiegelt eindeutig die im Grünbuch der Europäischen Union zur unternehmerischen Initiative festgelegten politischen Prioritäten und politischen Ansätze wider. Die Europäische Kommission geht davon aus, dass die Verbindung zwischen unternehmerischer Initiative und regionaler wirtschaftlicher Entwicklung genau durch diese Mechanismen – Technologietransfer, KMU-Netzwerke und Unternehmensneugründungen – hergestellt wird..

Die Politik zur Förderung von *Entrepreneurship* als Strategie für wirtschaftliche Entwicklung nimmt im Freistaat Thüringen eine zunehmend wichtige Rolle ein. Folglich lässt sich zweifellos die Schlussfolgerung ziehen, dass die Umsetzung des ENABLE-Programms sowohl im Kontext der Thüringer Politik für wirtschaftliche Entwicklung als auch im Kontext der europäischen *Entrepreneurship*-Politik nicht nur gegeben ist, sondern dass diese politischen Maßnahmen sich sogar wechselseitig bestärken. Das aus dem Mandat von Lissabon resultierende breite Netz der Maßnahmen für die Neubelebung des europäischen Wachstums durch die Schaffung eines unternehmerischen Europas muss auch die Umsetzung auf lokaler Ebene beinhalten. Bei dem ENABLE-Programm handelt es sich um ein solches Programm, das die lokale und die europäische Ebene in Form einer Partnerschaft miteinander verknüpft und das bei der Gestaltung der Zukunft Europas äußerst hilfreich sein kann.

## Literaturhinweise

- Audretsch, David B.: *Entrepreneurship: A Survey of the Literature*. European Commission, Director General for the Enterprises, Brussels 2001.
- Audretsch, David B., Keilbach, Max and Lehmann, Erik: *Entrepreneurship and Economic Growth*. Oxford: Oxford University Press 2005.
- Audretsch, David B., Grimm, Heike and Wessner, Charles: *Local Heroes in the Global Village. Globalization and New Entrepreneurship Policies*. Springer Science + Media Inc.: New York 2005.
- Die Chancen der Freiheit nutzen - Regierungserklärung des Thüringer Ministerpräsidenten Dieter Althaus am 9. September 2004, Download [http://www.landesjugendring-thueringen.de/wDeutsch/download/politik/reg\\_althaus090904.pdf](http://www.landesjugendring-thueringen.de/wDeutsch/download/politik/reg_althaus090904.pdf)
- Commission of the European Communities: *Lisbon Action Plan Incorporating EU Lisbon Programme and Recommendations for Actions to Member States for Inclusion in their National Lisbon Programmes*. Brüssel 2005.
- Commission of the European Communities: *Action Plan: The European Agenda for Entrepreneurship*. COM (2004) 70 final of 11.02.2004
- ENABLE – Steering Committee Meeting, Hafnersee Juli 2004.
- European Commission: *Structural Policies and European Territories. Competitiveness, Sustainable Development and Cohesion in Europe. From Lisbon to Gothenburg*. Luxembourg 2003.
- European Council Gothenburg: *Conclusions of the Presidency*, 15 and 16 June 2001.
- EUROPEAN REGIONAL DEVELOPMENT FUND INTERREG III C: *Application Form INTERREG III C. East Zone*. Vienna 2003.
- Hübner, Danuta: *Presentation of the Latest Developments in the Commission and in the Council*. Speaking Points. Public Hearing in the European Parliament, Brussels 2005.
- Hübner, Danuta: *Regional Policy and the Lisbon Agenda – Challenges and Opportunities*. London 2005.
- INTERREG IIIC: *Lisbon and the Regions: New Page on European Commission's Website*. Download: <http://europa.eu.int/inforegio>.
- Kohäsion und die Lissabon-Agenda: Die Rolle der Regionen. Überblick über Sitzungen und Runde Tische*, Brüssel März 2005.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft: *Grünbuch Unternehmergeist in Europa*. Brüssel 2003.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft: *Die Kohäsion am Wendepunkt 2007*. Mitteilungsblatt 2004.
- Lisbon European Council 23 and 24 March 2000: *Presidency Conclusions*. Download [http://www.europarl.eu.int/summits/lis1\\_en.htm](http://www.europarl.eu.int/summits/lis1_en.htm)
- SWOT-Analysis of Free State Thuringen, Germany. Extract for ENABLE Application.
- TAURUS-Institute at the University of Trier: *Evaluation on RFO Level*. SC-Meeting February 2005.

Thüringer Agentur für Technologie und Innovation GmbH-Innovation Relay Centre (THATI): *Research & Development Transfer and Technology Transfer*. Erfurt 2004.

Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr (TMBV): *Landesentwicklungsbericht 2004*. Erfurt 2004.

Downloads:

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/05/132&forma>

[http://www.europarl.eu.int/summits/lis1\\_en.htm](http://www.europarl.eu.int/summits/lis1_en.htm)

[http://www.kwf.at/enable/uploads/studien/Study\\_TT.pdf](http://www.kwf.at/enable/uploads/studien/Study_TT.pdf)

[http://www.kwf.at/enable/uploads/studien/Study\\_NW.pdf](http://www.kwf.at/enable/uploads/studien/Study_NW.pdf)

[http://www.kwf.at/enable/uploads/downloads/enable\\_brochure\\_web.pdf](http://www.kwf.at/enable/uploads/downloads/enable_brochure_web.pdf)

[http://www.kwf.at/enable/calls/call\\_2/Programme\\_Manual.pdf](http://www.kwf.at/enable/calls/call_2/Programme_Manual.pdf)